

Fluglärmmmission bleibt bestehen

SVP und Grüne fordern im Landrat erfolglos die Abschaffung des viel kritisierten Gremiums

Von Stefan Gyr

Liestal. Mit 39 gegen 31 Stimmen bei einer Enthaltung hat der Landrat gestern die Abschaffung der Fluglärmmmission abgelehnt. Die SVP und die Grünen zogen den Kürzeren.

Hanspeter Weibel (SVP) hatte mit einem Postulat die Abschaffung der Fluglärmmmission gefordert, die 2001 von den Regierungen beider Basel eingesetzt wurde. Die Kommission erfülle ihren Auftrag nicht, sagte Weibel. In den letzten Jahren sei sie mehrmals von der landrätlichen Umweltschutz- und Energiekommission getadelt worden, weil sie den Fluglärm lediglich verwalte, statt sich kritisch damit auseinanderzusetzen und Lösungen vorzuschlagen. In ihren Berichten gebe sie im Wesentlichen wieder, was im Umweltbericht des EuroAirports stehe. Die Kommission leiste keinen Beitrag zur Verminderung der Lärmbelastung, kritisierte auch Simon Trinkler (Grüne).

Beratung für Regierungen

Der zuständige Regierungsrat Adrian Ballmer (FDP) wehrte sich gegen die Abschaffung. Aus Sicht der Kantonsregierungen brauche es diese Kommission, in der ein breites Spektrum von Meinungen vertreten sei. Ballmer: «Wir



landrat
Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament



Gestörte Ruhe. Der Fluglärmmmission wird vorgeworfen, das Problem bloss zu verwalten. Foto Keystone

nehmen alle Aussagen zur Kenntnis und machen uns ein eigenes Bild.» Dass die Vertreter der Bevölkerung in der Kommission nichts zu sagen hätten und überstimmt würden, treffe nicht zu. Die Kommission berate die Regierungen und fälle keine Entscheide. Deshalb gebe es keine Mehrheitsbeschlüsse.

Die Empfehlungen der Kommission könnten nicht so schlecht sein, wenn die Regierungen diese Beratung weiterhin wünschten, erklärte Thomas Schulte

(FDP). Ob die Kommission ihren Auftrag erfülle, darüber könne man sich streiten, sagte Thomas Bühler (SP). Seine Fraktion sehe durchaus sinnvolle Ansätze in den Berichten. Eine Abschaffung führe jedenfalls nicht zum Ziel, wenn es keine Alternative gebe.

Zu wenige kritische Stimmen

Die Abschaffung wäre nur eine Frustreaktion, mit der nichts gewonnen wäre, meinte Felix Keller (CVP/EVP).

Möglicherweise könnte aber die Umweltschutz- und Energiekommission des Landrats etwas bewirken, wenn sie versuchte, Einfluss auf die Fluglärmmmission zu nehmen.

Diesen Versuch habe die Landratskommission schon oft unternommen, sagte Präsident Philipp Schoch (Grüne). Doch es handle sich um ein «schwieriges Unterfangen», weil die kritischen Stimmen in der Fluglärmmmission «nicht genügend vertreten» seien.

nachrichten

Kampfwahl ins Steuergericht

Liestal. In einer Kampfwahl hat der Landrat Pascal Leumann (FDP) ins Baselbieter Steuergericht gewählt. Leumann setzte sich erst im zweiten Wahlgang gegen den SVP-Kandidaten Clovis Cueni und den Grünliberalen Michel Hopf durch. Die FDP schlug darauf den frisch gewählten Leumann gleich für das Vizepräsidium des Steuergerichts vor. Das Parlament gab aber CVP-Kandidat Laurenz Schneider den Vorzug. Schneider übertraf im ersten Wahlgang das absolute Mehr klar. stg

Doppelspur im Laufental ist nicht dringend

Liestal. Franz Meyer (CVP) wollte mittels dringlicher Interpellation wissen, wie sich die Regierung für einen Doppelspurausbau der SBB-Strecke durchs Laufental einsetze und ob sie bereit sei, das Projekt vorzufinanzieren. Dies, nachdem durchgesickert war, dass der Ausbau vonseiten des Bundes wohl weiter verschoben wird. Meyer betonte, dass andere Kantone ihre Verkehrsprojekte aktiver als das Baselbiet vorantreiben würden. Eine Mehrheit des Rats lehnte die Dringlichkeit jedoch ab; nur die Mitte-Parteien sowie die Grünen sprachen sich dafür aus. skm

Deponie-Gegenvorschlag wird umgesetzt

Liestal. In zweiter Lesung hat der Landrat der Revision des Umweltschutzgesetzes zugestimmt. Damit wird der Gegenvorschlag zu der vom Volk abgelehnten Initiative «Totalsanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz» umgesetzt. Der Rat beschloss die Revision mit 65 gegen null Stimmen bei 11 Enthaltungen, womit eine Volksabstimmung entfällt. stg

Rückendeckung für Füllinsdorf

Verkehrsumleitung abgewendet

Liestal. Die Anwohner der Ergolzstrasse in Füllinsdorf haben in ihrem Kampf gegen eine H2-Baustellen-Ausweichroute Rückendeckung erhalten: Fast einstimmig hat der Landrat eine Petition der Quartierbevölkerung mit 250 Unterschriften an den Regierungsrat überwiesen. Zugleich stellte er sich hinter ein Postulat von Christoph Buser (FDP), der einen Verzicht auf den Bypass forderte, solange der Verkehr weiterhin ungestört fliesst.

Wegen des H2-Baus möchte das kantonale Tiefbauamt in Spitzenzeiten den Verkehr durch die Ergolzstrasse umleiten. Die erwarteten Staus sind aber auch nach der Schliessung der Mühlerain-Rampe im Mai ausgeblieben, wie mehrere Ratsmitglieder feststellten. Die Umleitungsoption soll allerdings für Notstandssituationen offengehalten werden. Das Tiefbauamt muss nun Kriterien festlegen, wann der Bypass geöffnet werden soll. stg

Der Landrat erlebt ein Déjà-vu

Skurile Debatte über längst erledigt geglaubte Details der Teilrevision des Gemeindegesetzes

Von Samuel Mattli

Liestal. Die Teilrevision des Gemeindegesetzes und die dadurch nötige Anpassung der Kantonsverfassung – insbesondere, um Hürden für Gemeindefusionen aus dem Weg zu räumen – ist im Landrat eigentlich ziemlich unbestritten. Umso mehr überraschte es, dass in der ersten Lesung vor zwei Wochen heftig über einzelne Paragraphen gestritten wurde – und noch mehr, dass das Gezerre gestern in der zweiten Lesung noch einmal von vorne losging.

Die Teilrevision der Kantonsverfassung, bei der das Volk das letzte Wort hat, ging diskussionslos durch den Rat. Die Änderungen des Gemeindegesetzes wurden schliesslich zwar mit 78 zu null Stimmen bei einer Enthaltung ebenso klar beschlossen (weshalb hier kein Urnengang nötig ist) – doch der Weg dorthin war abenteuerlich. Den ersten Schritt machte Myrta Stohler (SVP),

Präsidentin des Verbands der Basellandschaftlichen Gemeinden (VBLG) und Gemeindepräsidentin von Diegten. Sie forderte, Paragraph 67a aus der Vorlage zu streichen; dieser besagt, dass ein Drittel der an einer Gemeindeversammlung oder Einwohnerratssitzung anwesenden Stimmberechtigten eine Urnenabstimmung über das Geschäft beschliessen kann.

Stohlers Kritik galt weniger der Bestimmung an sich, sondern der ihrer Meinung nach nicht durchgeführten Anhörung der Gemeinden in dieser Frage. Regula Meschberger (SP) kritisierte den Streichungsantrag sogleich scharf und betonte, die Gemeinden hätten genügend Zeit gehabt, Stellung zu nehmen.

Erst gescholten, dann beschlossen

Christine Gorrengourt (CVP) schlug in der Folge vor, auf eine Kann-Bestimmung zu setzen: Die Gemeinden

können eine solche Bestimmung erlassen, müssen aber nicht. Ein Vorschlag, der zunächst auf deutlichen Widerstand stiess.

Viel besser schien der Vorschlag der Aescher Landrätin und Gemeindepräsidentin Marianne Hollinger (FDP) anzukommen, das Geschäft zur Überarbeitung an die Kommission zurückzuschicken – man stehe ja nicht unter Zeitdruck, und das Gesetz habe doch einige Tragweite, so der Tenor vor allem auf bürgerlicher Seite. Doch die Rückweisung – und damit eine dritte Lesung – wurde überraschend klar mit 53 Nein- zu 30 Ja-Stimmen abgelehnt.

Myrta Stohler zog daraufhin ihren Antrag auf Streichung des Paragraphen 67a wieder zurück: «Ich gehe davon aus, dass eine Mehrheit der Gemeinden mit einer Kann-Bestimmung leben kann.» Damit blieb also nur der Minuten zuvor noch gescholtene Antrag der CVP übrig – und dieser wurde sogleich

deutlich mit 72 gegen sieben Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen.

Dieser Entscheid befeuerte wiederum Marianne Hollinger: Da man mit der Umwandlung von Paragraph 67a in eine Kann-Bestimmung die Gemeindeautonomie unterstrichen habe, dränge sich eine entsprechende Bestimmung auch bei Paragraph 164a auf. Die Gemeinden sollen die Möglichkeit haben, bei positiver Jahresrechnung nachträglich einen Steuerrabatt zu gewähren.

Hindertürchen verworfen

Doch just darauf ist der Landrat in der ersten Lesung vor zwei Wochen gar nicht erst eingetreten. Hollingers Hintertürchen wurde wenig goutiert, wie Klaus Kirchmayr (Grüne) und Ruedi Brassel (SP), aber auch Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) unmissverständlich zum Ausdruck brachten – mit 64 gegen zwölf Stimmen wurde der Antrag denn auch deutlich verworfen.

im vorzimmer

Inhalt top, Layout flop: Der Internetauftritt des Kantons kommt unterschiedlich gut an

Liestal. Das Institut für Psychologie der Universität Basel hat zum dritten Mal eine Umfrage zum Thema «Zufriedenheit im eGovernment in der Schweiz» durchgeführt. Gut 10 300 Internet-Benutzer bewerteten die Internetportale der 26 Kantone. Das Resultat: 21 Kantone konnten die Zufriedenheit der User gegenüber 2008 steigern, aber jeder zweite User berichtete von Problemen während der Benutzung. Es wurde auf einer Skala von 1 (unzufrieden) bis 5 (zufrieden) bewertet.

Am zufriedensten mit ihrer Website sind die Appenzell-Innerrhoder mit einem Durchschnittswert von 4,4. Der Kanton Baselstadt liegt mit einem Wert von 4,1 auf Platz zwei. Die Meinungen der Landräte über die Baselbieter Kantonshomepage gehen jedoch stark auseinander. bg



Sarah Martin.
Grüne.

«Ich finde die Website sehr unübersichtlich»

«Dass unsere Website so weit vorne ist, erstaunt mich total. Ich habe als Grafikerin viel mit der Gestaltung von Websites zu tun – die der kantonalen Verwaltung finde ich sehr unübersichtlich. Klar ist es eine Herausforderung, so viele Informationen zu verknüpfen. Aber der Weg zum gesuchten Inhalt ist eher schlecht ersichtlich. Die Suchfunktion hilft da auch nicht wirklich weiter.»



Marie-Therese Müller.
BDP.

«Die Suchfunktion erleichtert vieles»

«Ich finde mich eigentlich ziemlich gut zurecht. Am Anfang war es zwar nicht ganz einfach. Aber mittlerweile finde ich die gewünschten Informationen relativ schnell. Die Suchfunktion erleichtert mir vieles. Ich kann beispielsweise Stichworte zu bestimmten Geschäften eingeben und komme anhand der Resultate schneller ans Ziel. Das Layout finde ich schlicht und übersichtlich.»



Christof Hiltmann.
FDP.

«Das Erscheinungsbild ist ein wenig altbacken»

«Ich bin grundsätzlich zufrieden. Als Bürger erhalte ich übersichtlich die nötigen Informationen. Und auch als Parlamentarier komme ich einfach an die elektronischen Dokumente. Ich arbeite auch hauptsächlich am Bildschirm. Was mir aber nicht so gefällt, ist das Layout. Meiner Meinung nach wirkt es ein wenig altbacken. Ich würde das Erscheinungsbild aufwerten.»



Urs-Peter Moos.
SVP.

«Website ist Visitenkarte des Kantons»

«Die Website ist sehr gut. Und das ist auch wichtig, weil sie eine Visitenkarte des Kantons ist. Kleinigkeiten kann man immer verbessern: Die Nachrichten aus dem Regierungsrat auf der Startseite verschwinden nach einer gewissen Zeit, danach finde ich sie nicht mehr. Darum würde ich ein Archiv einrichten, welches man per direkten Link erreicht.»